

Bericht an den Finanzausschuss des
Parlaments gem. NBG § 32 (5)

Executive Summary

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny, Gouverneur
Mag. Andreas Ittner, Vize-Gouverneur
Oesterreichische Nationalbank

Sitzung am 30. November 2016

Bericht an den Finanzausschuss des Parlaments gem. NBG § 32 (5)

Die unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen beginnen ihre Wirkung zu entfalten

- In der ersten Jahreshälfte 2016 beschloss der EZB-Rat eine Reihe geldpolitischer Maßnahmen. Darunter waren (1) die Senkung der geldpolitischen Leitzinsen auf 0,25% bzw. 0,00% bzw. –0,40%, (2) die Ausweitung des Wertpapier-Ankaufprogramms – zum Beispiel durch die Erhöhung des angekauften Volumens auf 80 Mrd EUR monatlich bzw. durch die Ausdehnung der für den Ankauf zugelassenen Liste von Wertpapieren auf Unternehmensanleihen mit guter Bonität –, sowie (3) das Angebot von gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (Targeted Refinancing Operations – TLTRO II) mit einer Laufzeit von jeweils vier Jahren.
- Während das erste Halbjahr 2016 somit im Zeichen neuer Maßnahmen stand, war das zweite Halbjahr 2016 davon gekennzeichnet, dass diese Maßnahmen ihre Wirkung entfalteten.
- All diese Maßnahmen trugen dazu bei, dass sich die Refinanzierungskosten von Banken – sowohl über Kundeneinlagen als auch über das Eurosystem direkt bzw. über den Finanzmarkt – deutlich reduzierten. Banken können sich zu historisch niedrigen Zinsen refinanzieren und haben diesen Kostenvorteil an ihre Kunden weitergegeben. Die Zinsen für Bankkredite an nichtfinanzielle Unternehmen und private Haushalte sanken bis September 2016 deutlich und zudem stärker als die Referenzzinssätze am Geldmarkt. In der Zeit von Mai 2014 bis September 2016 sanken die gewichteten Zinssätze für Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen und an private Haushalte im Euroraum um 110 Basispunkte bzw. rund 100 Basispunkte. Der geldpolitische Leitzinssatz (Zinssatz für die Einlagefazilität) nahm im gleichen Zeitraum um 40 Basispunkte ab.
- Die starke Reduktion der Zinsen für Bankkunden ist – zwar nicht ausschließlich, aber zu einem großen Teil – den konventionellen und unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen des Eurosystems zuzuschreiben.
- Zudem sind die Finanzierungskosten von nichtfinanziellen Unternehmen (gemessen durch einen gewichteten Indikator, der unterschiedliche Finanzierungsquellen heranzieht) immer noch sehr niedrig, obwohl sie sich im August und September 2016 gegenüber ihrem historischen Tief im Juli leicht erhöht haben. Grund für die Zunahme sind gestiegene Eigenfinanzierungskosten. Dagegen haben sich die Kosten der marktbasierter Fremdfinanzierung infolge der jüngsten unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen des Eurosystems und der weltweit insgesamt rückläufigen Anleiherenditen in den vergangenen Monaten auf einem sehr niedrigen Niveau eingependelt.
- Da einerseits die Kreditzinsen für Bankkunden gesunken sind und andererseits die Kreditrichtlinien der Banken gelockert wurden und zudem die Nachfrage nach Bankkrediten steigt, kommt es zu einer Erholung des Kreditwachstums. Die jährliche Zuwachsrate der Buchkredite an den privaten Sektor (bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen sowie um fiktives Cash-Pooling) stieg im September auf 2,0%.
- Während die geldpolitischen Impulse derzeit auf den Finanzmärkten bis hin zu den Kreditkunden zufriedenstellend weitergegeben werden, hat die sichtbare Übertragung bis hin zur Inflationsentwicklung noch nicht in ausreichendem

Maß stattgefunden. Die HVPI-Inflationsraten bewegen sich zwar in die richtige Richtung – im Oktober lag die HVPI-Inflationsrate im Euroraum bei 0,5%, ob die Trendwende jedoch bereits eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung darstellt, die mit dem Inflationsziel im Einklang steht, wird vom EZB-Rat in seiner Dezember-Sitzung erneut diskutiert werden.

Weltwirtschaft: Abwärtsrevisionen der Wachstumsprognosen für 2016, leichte Erholung für 2017 erwartet

- Das britische Referendum am 23. Juni und die damit einhergehenden politischen, ökonomischen und institutionellen Unsicherheiten veranlassten den IWF im Juli 2016, Abwärtsrevisionen der globalen Wachstumsprognosen für 2016 und 2017 vorzunehmen. Diese wurden in der Herbstprognose beibehalten, und auch die OECD und die Europäische Kommission revidierten im September bzw. November 2016 die Aussichten für das Weltwirtschaftswachstum nach unten. Demnach soll das globale Wachstum 2016 zwischen 2,9% und 3,1% betragen, bevor es sich 2017 leicht auf 3,2% bzw. 3,4% erhöht.
- Die Industriestaaten im Aggregat wachsen laut IWF im aktuellen Jahr mit 1,6% nur schwach. Für 2017 wird eine moderate Erholung erwartet und ein Wachstum von 1,8% prognostiziert. Höhere Investitionen in 2017 sollen dies ermöglichen. Verglichen mit den Prognosen vom Frühjahr wurden jene für die Industriestaaten um 0,3Ppt. bzw. 0,2Ppt. nach unten revidiert. Das liegt zum einen am schwachen ersten Halbjahr der USA, zum anderen an der Unsicherheit, die durch das EU-Referendum im Vereinigten Königreich ausgelöst wurde.
- Positivere Nachrichten gibt es von Schwellen- und Entwicklungsländern. Der IWF geht von einem Wachstum von 4,2% (+0,2Ppt. ggü. Frühjahrsprognose) in 2016 und 4,6% (keine Veränderung) in 2017 aus. Das für 2016 prognostizierte Wachstum in Indien ist hoch (7,6%); in Brasilien und Russland sollte sich die Situation bessern (-3,3%, d.h. +0,5Ppt. in Brasilien bzw. -0,8%, d.h. +1,0Ppt. in Russland, beide ggü. Frühjahrsprognose).
- Die Abwärtsrisiken werden von allen Instituten als unverändert hoch eingeschätzt. Die Konsequenzen des Brexit, aber auch die geopolitischen Unruhen und die Unsicherheiten hinsichtlich Chinas zukünftiger Entwicklung stellen schwer zu prognostizierende, negative Risiken dar.

Euroraum: Wachstum nach wie vor verhalten, Inflation zieht an

- Nach der Eurostat-Schnellschätzung für das dritte Quartal 2016 ist das reale BIP im Euroraum im Vergleich zum Vorquartal um 0,3% gewachsen. Damit bleibt das Wachstum gegenüber dem zweiten Quartal unverändert. Im ersten Quartal ist das BIP allerdings noch um 0,5% angestiegen. Die nachfrageseitigen Komponenten des Wachstums werden voraussichtlich im Dezember 2016 veröffentlicht. Ansteigende Stimmungsindikatoren deuten jedoch auf eine Belebung des Wachstums hin. Sowohl die PMI²² als auch der ESI²² sind von September auf Oktober 2016 angestiegen.
- Die Wachstumsraten für das dritte Quartal auf Länderebene sind unverändert heterogen. Das stärkste Wachstum kann Portugal mit 0,8% verzeichnen, aber auch Spanien, Zypern, die Niederlande und die Slowakei sind mit 0,7% stark

²² Die Purchasing Managers Index (PMI) sind eine Serie von Indikatoren über die wirtschaftliche Lage, welche auf monatlichen Befragungen privatwirtschaftlicher Unternehmen beruhen.

²² Auch der Economic Sentiment Indicator (ESI) stellt eine Einschätzung der wirtschaftlichen Lage dar, und setzt sich aus dem Vertrauen in die Industrie, die Dienstleistungen, die Verbraucher, das Baugewerbe und den Einzelhandel zusammen.

gewachsen. Frankreich, welches im zweiten Quartal eine negative Wachstumsrate aufwies, konnte sein Wachstum um 0,3Ppt. auf 0,2% erhöhen. In Belgien, Litauen, Estland, Deutschland, Zypern, Spanien, Lettland und in der Slowakei ist das Wachstum im dritten Quartal gegenüber dem zweiten Quartal gesunken. Am stärksten war der Rückgang in den drei erstgenannten Ländern. Für Irland, Luxemburg, Malta und Slowenien liegen noch keine Daten vor (mit Stand 18.11.). In allen anderen Ländern ist das Wachstum gestiegen. Am stärksten stieg das Wachstum in Finnland (von 0,0% auf 0,5%), in Portugal (von 0,3% auf 0,8%), und in Österreich (von 0,1% auf 0,5%).

- Passend zur schwachen Konjunktur stagniert auch die Arbeitslosenquote im Euroraum. Sie liegt im September bereits den dritten Monat in Folge bei 10%, nachdem sie von April bis Juli jeweils 10,1% betragen hat. Die nach den Höchstständen 2013 einsetzende Erholung am Arbeitsmarkt – während dieser sank die Arbeitslosenquote im Euroraum um 2 Ppt. – scheint zum Erliegen gekommen zu sein. Die Prognoseinstitute erwarten in der Herbststrunde einen leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit auf 9,7 bis 9,8% in 2017.
- Im Vergleich zu den August-Werten stiegen die Arbeitslosenquoten in Italien, Luxemburg und Österreich im September an. In Deutschland blieb die Arbeitslosenquote unverändert. Mit Ausnahme von Estland und Griechenland, für welche noch keine Daten veröffentlicht wurden, konnten alle anderen Länder leichte Rückgänge verzeichnen. In den einzelnen Ländern des Euroraums scheinen die Arbeitslosenraten im Zeitverlauf zu konvergieren, was sich in deutlichen Rückgängen jener Ländern widerspiegelt, die in den Jahren 2012 und 2013 eine besonders hohe Arbeitslosigkeit aufwiesen.
- Die HVPI-Inflationsrate im Euroraum stieg im Oktober weiter auf 0,5%, nachdem sie im September noch 0,4% betragen hatte. Die noch in der ersten Jahreshälfte negative Inflationsrate hat sich erhöht und hat mit dem Oktober-Wert nun einen 2-Jahres Höchststand erreicht. Für den Anstieg waren neben schwächer werdenden Rückgängen bei den Energiepreisen vor allem eine Verteuerung von Dienstleistungen, aber auch von Nahrungsmitteln, Alkohol und Tabak verantwortlich.
- Sowohl der IWF als auch die Europäische Kommission erwarten in ihren Herbstprognosen eine Inflationsrate von 0,3% für den Euroraum im Jahr 2016. Sie liegen damit geringfügig höher als die Vorhersagen der OECD und der EZB, die jeweils 0,2% prognostizieren. Im Jahr 2017 sollen die Verbraucherpreise aufgrund anziehender Energiepreise und zunehmender wirtschaftlicher Aktivität wieder stärker steigen. Die Inflationsprognosen für 2017 bewegen sich in der Bandbreite von 1,1% bis 1,4%.

OeNB und BOFIT prognostizieren stabiles Wachstum in EU-Mitgliedsstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE) und ein Ende der Rezession in Russland

- Für die CESEE-6-Länder wird im Rahmen der aktuellen OeNB-BOFIT Prognose ein Wachstum von rund 3,0% für die Jahre 2016 und 2017 erwartet. Für 2018 wird mit einem Wachstum von 3,3% gerechnet. Im Vergleich zur Frühjahrsprognose wurde die aktuelle Vorhersage nach unten revidiert. Der Investitionsrückgang fiel bedingt durch das Auslaufen der EU-Förderperiode 2007-2013 stärker aus als erwartet. Neben einer soliden externen Nachfrage wird die inländische Nachfrage, besonders der private Konsum, der wichtigste Wachstumstreiber in der Region sein. Über den Prognosezeitraum schwächt sich die Konsumdynamik jedoch leicht ab.

- Außer in Polen und Rumänien verliert das Exportwachstum in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr etwas an Dynamik. Im Einklang mit den externen Annahmen wird das Exportwachstum 2017 und 2018 jedoch zulegen. Die Prognoserisiken sind abwärtsgerichtet und haben sich im letzten halben Jahr verstärkt. Für erhebliche Unsicherheiten sorgen vor allem internationale politische Entwicklungen (Brexit-Votum, geopolitische Spannungen, US-Präsidentchaftswahlen).
- Die russische Wirtschaft wird im laufenden Jahr um 1% schrumpfen. Die Wirtschaft schrumpft somit weniger stark, als noch in der Frühjahrsprognose erwartet. Ein höherer Ölpreis und ein schwächerer realer Wechselkurs des Rubels als in der Frühjahrsprognose angenommen, führten zu einer Aufwärtsrevision um 2 Ppt. für 2016. 2017 wird Russland um 1% wachsen und sich somit aus der Rezession herausbewegen.

Österreich: Wirtschaft schwenkt 2016 auf Wachstumspfad

- Österreich verzeichnete 2012 bis 2015 eine Phase mit deutlich unterdurchschnittlichem Wachstum. Die heimische Konjunktur erholt sich jedoch seit dem vierten Quartal 2015. Diese Erholung wird von der Inlandsnachfrage getragen – sowohl der private Konsum als auch die Investitionen stützen das Wachstum.
- Die Investitionstätigkeit wird von den Ausrüstungsinvestitionen getragen (vor allem Fahrzeuge und Maschinen). Das Wachstum der Bauinvestitionen hat sich ebenfalls beschleunigt. Der private Konsum profitiert von der Steuerreform. Allerdings blieb die Beschleunigung des Konsumwachstums angesichts des Ausmaßes der Steuerreform bislang unter den Erwartungen. Damit ist daher ein kräftiger Anstieg der Sparquote verbunden.
- Die Exporte entwickelten sich vor dem Hintergrund eines schwierigen außenwirtschaftlichen Umfelds in den ersten drei Quartalen schwach. Für das vierte Quartal deutet die Entwicklung der Auslandsauftragseingänge jedoch auf eine leichte Beschleunigung der Dynamik hin.
- Die in den letzten Wochen veröffentlichten Umfragen (ESI, Einkaufsmanagerindex der Bank Austria, Creditreform-KMU-Umfrage) deuten auf eine Aufhellung des Konjunkturklimas hin. Die OeNB erwartet daher im Rahmen ihrer vierteljährlichen Kurzfristprognose (OeNB-Konjunkturindikator vom 9. November) für das vierte Quartal 2016 und das erste Quartal 2017 ein Wachstum des realen BIP von 0,4 % bzw. 0,5 % (gegenüber dem Vorquartal).
- Die Arbeitsmarktdaten spiegeln die aktuelle Konjunkturerholung wider. Die Gesamtbeschäftigung, die Beschäftigung in der Industrie sowie die Anzahl an Vollzeitstellen und geleisteten Arbeitsstunden legen an Dynamik zu und zeigen, dass die Erholung am Arbeitsmarkt angekommen ist. Angesichts des kräftigen Wachstums des Arbeitskräfteangebots steigt die Arbeitslosigkeit jedoch weiter.
- Die österreichische HVPI-Inflationsrate ist im Verlauf des ersten Quartals zurückgegangen. Dafür waren größtenteils Bekleidungsartikel, Treibstoffe und Flugtickets ausschlaggebend, deren Preisentwicklung besonders volatil ist. Von April bis August 2016 blieb die HVPI-Inflationsrate stabil bei 0,6 %, stieg aber im September 2016 auf 1,1% und im Oktober weiter auf 1,4% an.
- Bei österreichischen Wohnimmobilien war in der ersten Jahreshälfte 2016 eine deutliche Beschleunigung der Preisentwicklung zu verzeichnen. Im zweiten Quartal 2016 stiegen die Preise österreichweit um 9,5%. Getrieben wurde diese Entwicklung von den Bundesländern ohne Wien (+12,8%). Im Jahresabstand stiegen die Wiener Preise um 3,1%. Gegenüber dem Vorquartal entspricht dies einem Rückgang um 2,4%.

- Das Wachstum der Wohnbalkredite an private Haushalte hat sich nach der Beschleunigung in der zweiten Hälfte des Vorjahres im bisherigen Verlauf des Jahres 2016 wieder stabilisiert. Der Fremdwährungsanteil an den ausstehenden Wohnbalkrediten sank weiter, ist aber nach wie vor hoch. Der im internationalen Vergleich sehr hohe Anteil variabel verzinsten Kredite an der gesamten Neukreditaufnahme hat sich zuletzt deutlich verringert.

Internationale Entwicklungen: IWF

- Michaela Erbenová ist seit 1. November 2016 Exekutivdirektorin (ED) der Zentral- und Osteuropäischen („CEE-“) Stimmrechtsgruppe. Diese ED-Wahl galt als „historisch“, da sie mit Inkrafttreten der 14. Quotenrevision die erste Wahl war, in der alle EDs gewählt und nicht ernannt wurden. Österreich ist seit 2012 Teil der CEE-Stimmrechtsgruppe, in der man in den ersten zwei Jahren die Position des ED und von 2014 bis 2022 die Position des Alternate Executive Directors (AED) stellt – die Position des ED rotiert in diesem Zeitraum zwischen der Türkei, Tschechien und Ungarn.
- Die Deadline für die 15. Quotenrevision wird verschoben; sie soll bis zur Frühjahrstagung 2019 und spätestens bis zur Jahrestagung 2019 verabschiedet werden. Die 14. Quotenrevision ist am 26. Jänner 2016 in Kraft getreten; die Quoten der 189 IWF-Mitglieder haben sich von 385,5 Mrd. SZR auf 477 Mrd. SZR (rund 597 Mrd. EUR) erhöht. Die Quote Österreichs stieg dabei von 2,11 Mrd. SZR (rund 2,7 Mrd. EUR) auf rund 3,93 Mrd. SZR (rund 4,9 Mrd. EUR).
- Der IWF hat die Mitgliedsstaaten um eine Erneuerung der bilateralen Kreditverträge gebeten, um die bisherige Darlehenskapazität des Fonds aufrecht erhalten zu können. Dazu hat der IWF einen neuen Rahmen vorgeschlagen, welcher der österreichischen Position weitgehend entspricht. Der im Jahre 2012 von Österreich mit dem IWF abgeschlossene Kreditvertrag mit einem maximalen Darlehensvolumen von 6,13 Mrd. EUR läuft mit 22. September 2017 aus; er wurde nicht in Anspruch genommen. Nach bereits zwei Verlängerungen ist eine weitere Verlängerung nicht möglich. Die OeNB hat nun unter Vorbehalt eines entsprechenden gesetzlichen Beschlusses zugesagt, dem IWF bei Bedarf wieder bilaterale Kredite bis zum gleichen Maximalbetrag zur Verfügung stellen zu wollen. Das Bundesministerium für Finanzen arbeitet derzeit an einer entsprechenden gesetzlichen Grundlage und wird die dafür erforderlichen Schritte einleiten.
- Zusätzlich zu den Quoten und den bilateralen Kreditvereinbarungen stellen die New Arrangements to Borrow (NAB) eine wesentliche Finanzierungsquelle des IWF dar (ca. 17,6% der gesamten IWF-Finanzressourcen). Der österreichische Beitrag beläuft sich derzeit auf rund 1,8 Mrd. SZR (ca. 2,3 Mrd. EUR), was etwa 1% der gesamten NAB-Mittel entspricht; im Gegensatz zu den bilateralen Kreditverträgen wurden die NAB-Mittel tatsächlich in Anspruch genommen. Der IWF Executive Board hat am 7. November 2016 der Erneuerung der NAB für die nächsten fünf Jahre – ab 17. November 2017 – zugestimmt. Österreich soll dabei in der gleichen Höhe wie bisher beitragen.
- Mit 1. Oktober 2016 wurde der Chinesische Renminbi (RMB) in den Währungskorb zur Berechnung des Wertes der IWF Sonderziehungsrechte (SZR) aufgenommen. Der RMB wird nun für die nächsten fünf Jahre neben dem US-Dollar, dem Euro, dem Japanischen Yen und dem Britischen Pfund im SZR-Währungskorb enthalten sein. Dadurch steigt der SZR-Zinssatz – von bisher 0,05% auf derzeit 0,16%.

- Die IWF Artikel IV Konsultationen mit Österreich finden von 2. bis 13. Dezember 2016 in Wien statt. Der IWF trifft Vertreter aus der Verwaltung sowie Institutionen aus dem privaten Sektor. Der Schwerpunkt liegt heuer auf ‘raising potential growth’, ‘preserving fiscal sustainability’, sowie ‘maintaining financial sector stability’. Die Koordination obliegt der OeNB.

Externe Risikoeinschätzung für österreichische Banken

- Die Ratingagentur Moody’s hob am 5. August 2016 den Ausblick für österreichische Banken, der seit 2009 als negativ eingestuft wurde, erstmals wieder auf „stabil“ an. Diese positivere Einschätzung ist in erster Linie auf das rückläufige Engagement der österreichischen Banken in CESEE zurückzuführen, sodass eine Stabilisierung der Risiken betreffend die Aktiva-Qualität erwartet wird. Das Exposure wurde in Ländern mit hohen Unsicherheiten, wie Ukraine, Russland, Ungarn und Kroatien reduziert, während zeitgleich die Aktivitäten in den stabilen Nachbarstaaten Tschechien und der Slowakei verstärkt wurden. Moody’s erwartet eine weitere Verbesserung der Kapitalisierung, die einerseits durch einen Rückgang der risikogewichteten Aktiva, andererseits durch die graduelle Einführung makroprudenzieller Kapitalpuffer getrieben ist.
- Fitch weist in seiner Bestätigung des „AA+“-Ratings für die Republik auf die weiterhin bestehenden Risiken im Bankensektor hin. Hier werden insbesondere die Größe und hohe Konzentration des Bankensektors sowie die Risiken aus dem CESEE-Exposure angeführt. Positiv sind die Verbesserung der Kapitalisierung der österreichischen Banken sowie die Fortschritte bei der Konsolidierung des österreichischen Bankensystems zu vermerken.

Verbesserte Profitabilität der österreichischen Banken hauptsächlich durch weitere Reduktion der Risikovorsorgen getrieben

- Im ersten Halbjahr 2016 erzielten die österreichischen Banken ein konsolidiertes Betriebsergebnis von 2,9 Mrd EUR und damit um knapp 10 % mehr als im Vorjahr. Dieser Anstieg ist auf eine weitere Reduktion der Risikovorsorgen zurückzuführen. Die annualisierte Gesamtkapitalrentabilität lag bei 0,6%.
- Sowohl das Zins- als auch das Provisionsergebnis entwickelten sich rückläufig. Das gesamte Betriebsergebnis ging um rund ein Viertel zurück (bereinigt um die Restrukturierung und den Einmaleffekt bei den Pensionsrückstellungen der UniCredit Bank Austria). Die Risikovorsorgen lagen Mitte 2016 bei 12 % des Betriebsergebnisses und sanken damit im Vergleich gegenüber der Vorjahresperiode um rund 70 %.

Österreichische Stellungnahme zum makroprudenziellen Review der Europäischen Kommission

- Die Europäische Kommission führte eine öffentliche Konsultation zum makroprudenziellen Rahmenwerk durch. Die OeNB hat in enger Abstimmung mit der FMA und dem BMF eine Stellungnahme erstellt. Das Ziel der österreichischen Stellungnahme war es, auf bestehende Defizite im Rahmenwerk hinzuweisen, die Effizienz und Administration der Prozesse in der makroprudenziellen Aufsicht zu hinterfragen und Lösungsvorschläge zur Hebung von Synergien zu unterbreiten. So wurde u.a. eine klare Trennung der Zuständigkeiten zwischen mikro- und makroprudenzieller Aufsicht durch ein Informations- und Zusammenarbeitsgebot sowie die Stärkung des Europäischen Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) als zentrale Koordinations- und Informationsplattform vorgeschlagen. Außerdem wurden Ergänzungen im makroprudenziellen Instrumentenkasten

empfohlen, die insbesondere Kreditvergabestandards in der Immobilienfinanzierung betreffen. Ein Legislativvorschlag der Europäischen Kommission wird für Mai 2017 erwartet.

Systemische Risiken aus der Immobilienfinanzierung

- Das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) hat in seiner 9. Sitzung am 23. September 2016 insbesondere mögliche Kriterien für die nachhaltige Immobilienfinanzierung diskutiert. Im Interesse der langfristigen Stabilität auf Kreditnehmer- und Kreditgeberseite vertritt das FMSG die Ansicht, dass nachhaltige Kreditvergabestandards in der Immobilienfinanzierung dauerhaft zu beachten sind, um den Aufbau systemischer Risiken zu vermeiden und Spekulation von der Wohnimmobilienfinanzierung fernzuhalten. Dazu zählen insbesondere eine konservative Immobilienbewertung mit niedrigen Beleihungsquoten, nachhaltige Verschuldungsquoten und Schuldendienstquoten zur Sicherstellung der Rückzahlungsfähigkeit sowie eine risikoadäquate Kreditbepreisung.
- Die systemischen Risiken aus der Immobilienfinanzierung in Österreich sind zur Zeit begrenzt. Die präventive makroprudenzielle Politik zielt daher darauf ab, exzessives Wachstum der Hypothekarkredite sowie die Verschlechterung der Qualität des Kreditbestands zu verhindern. Ersteres ist zur Zeit unter Kontrolle und letzteres wird durch die FMSG Empfehlung zur nachhaltigen Hypothekarkreditvergabe adressiert.
- Der ESRB sah in seiner EU-weiten Analyse mittelfristige Verwundbarkeiten durch systemische Risiken für Österreich aufgrund des starken Immobilienpreiswachstums, des robusten Kreditwachstums und der Gefahr der Lockerung der Kreditvergabestandards. Diese Risikoeinschätzung des ESRB wird von der OeNB nicht geteilt. Der ESRB fokussiert nur auf Veränderungen der Risikotragfähigkeit der Haushalte und den Anstieg der Immobilienpreise sowie eine Gefahr der Lockerung der Kreditvergabestandards. Die Struktur des österreichischen Immobilienmarktes findet unzureichend Berücksichtigung. So spielen beispielsweise in Wien, dem Zentrum des Preisanstieges, kreditfinanzierte Wohnimmobilien nur eine sehr untergeordnete Rolle.

Bankenunion: Harmonisierung der aufsichtlichen Agenden schreitet zügig voran

- In den vergangenen zwei Jahren konnten im Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM) wesentliche Fortschritte in der Zusammenarbeit zwischen EZB und den nationalen Aufsichtsbehörden erreicht werden. Zudem wurden die unterschiedlichen Aufsichtspraktiken und –prozesse weiter aneinander angepasst sowie Maßnahmen zur Förderung einer gemeinsamen Aufsichtskultur gesetzt.
- Zu den wichtigsten Aktivitäten des SSM zählt die jährliche Durchführung des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) und die damit zusammenhängende Vorschreibung harmonisierter SREP-Kapitalquoten. Im vergangenen Jahr wurde der SREP erstmals nach einer einheitlichen Methodik für die bedeutenden Bankengruppen im SSM durchgeführt. Im Vergleich zum Vorjahr wurde die SREP-Methodik zur Kapitalfestsetzung für 2016 verfeinert und soll auch in den nächsten Jahren weiterentwickelt werden, um eine angemessene und vorausschauende Evaluierung der Geschäftstätigkeit und Risiken der Banken zu gewährleisten. Bis spätestens Mitte Dezember wird der EZB-Rat nach dem Verfahren der impliziten Zustim-

- mung die ihm vorgelegten Beschlusssentwürfe annehmen²². Unmittelbar danach werden die Bescheide an die bedeutenden Banken übermittelt.
- Zudem wurde im Sommer das im Vorjahr gestartete Projekt zur Vereinheitlichung nationaler Wahlrechte und Ermessensspielräume (Options and National Discretions, ONDs) abgeschlossen²². Zur Ausübung dieser Wahlrechte hinsichtlich weniger bedeutender Kreditinstitute (LSIs) sind weiterhin die nationalen Aufsichtsbehörden zuständig. Auch in diesem Zusammenhang wird eine harmonisierte Anwendung angestrebt.

EZB fordert bedeutende Institute im SSM auf, die Qualität der Aktiva in Europa zu verbessern und veröffentlicht Leitfaden für Banken zu notleidenden Krediten

- Die europäische Aufsicht hat sich zum Ziel gesetzt, die in Bankbilanzen schlummernden notleidenden Kredite (NPL) rasch abzubauen und angemessen zu bewerten. Zum Umgang mit NPL wurde ein Leitfaden²² erarbeitet, welcher die qualitativen aufsichtlichen Erwartungen beschreibt und Aufforderung an Banken beinhaltet, geeignete quantitative Maßnahmen und Ziele für den Umgang mit NPL festzulegen und zu implementieren.

Rekalibrierung und Finalisierung Basel III

- Die Arbeiten des Baseler Ausschusses zum Basel III Reformpaket sollen bis Ende 2016 abgeschlossen werden. In diesem Rahmen wurde eine breit angelegte Überarbeitung der Eigenkapitalvorschriften durch den Baseler Ausschuss durchgeführt. Ziel ist es, einen Ausgleich zwischen Einfachheit und Risikosensitivität zu schaffen, insbesondere soll die Vergleichbarkeit der risikogewichteten Aktiva durch die Reduzierung der Variabilität zwischen verschiedenen Banken und Jurisdiktionen gefördert werden.
- Das Basel III Reformpaket umfasst die folgenden Bereiche:
- Kreditrisikostandardansatz neu: Die Überarbeitung zielt auf eine einfachere Anwendung der Regeln und eine Neukalibrierung der Risikogewichtungen ab.
- Überarbeitung des auf internen Ratings basierten Ansatzes: Der Anwendungsbereich der auf interne Ratings gestützten Verfahrens zur Bemessung des Kreditrisikos soll wesentlich eingeschränkt werden.
- Einführung von Output Floors: Der Ausschuss plant zudem, für die mit bank-internen Verfahren ermittelten Eigenkapitalanforderungen eine Mindesthöhe im Verhältnis zu den Standardverfahren festzulegen („Floor“), wodurch insgesamt ein Minimumniveau sichergestellt werden soll.
- Überarbeitung des Standards zum operationellen Risiko: Der Fokus der Baseler Arbeiten in diesem Bereich liegt auf einer im Vergleich zum früheren Standard einfacheren und einheitlicheren Methodik, womit eine bessere Vergleichbarkeit der Kapitalanforderungen über verschiedene Institute hinweg erreicht werden soll.

²² Beschlussfassungsverfahren im SSM: Wenn der EZB-Rat nicht innerhalb von maximal 10 Arbeitstagen Widerspruch gegen einen Beschlusssentwurf des Aufsichtsgremiums einlegt, gilt die Entscheidung als angenommen.

²² Insgesamt wurden 130 ONDs im Bereich Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute festgestellt, deren Ausübung durch die EZB in einer Verordnung und einem Leitfaden geregelt ist. Diese rechtlichen Instrumente sind in weiten Teilen seit 1. Oktober 2016 anwendbar.

²² EZB veröffentlichte am 12. September 2016 im Rahmen des Konsultationsverfahrens ihren Leitfaden für Banken zu notleidenden Krediten. Die Konsultation endete am 15. November 2016. Es liegen dazu noch Ergebnisse vor (Redaktionsschluss 16. November 2016). Fragen und Antworten zum NPL-Leitfaden: https://www.bankingsupervision.europa.eu/legalframework/publiccons/pdf/npl/npl_faq.de.pdf

- Darüber hinaus diskutiert der Baseler Ausschuss derzeit verschiedene Optionen zur Behandlung von Staatsforderungen. Für Risikopositionen gegenüber Zentralstaaten der EU-Mitgliedstaaten gilt derzeit ein Risikogewicht von null. Aufgrund der Rückwirkungen der Regelungen auf die Staatsfinanzierung verläuft die Diskussion äußerst kontrovers. Im Frühjahr 2017 soll voraussichtlich ein Konsultationspapier zu diesem Thema veröffentlicht werden.

Die neue 50-Euro-Banknote

- Das Erscheinungsbild des 50-Euro-Scheines der neuen Europaserie wurde am 5. Juli 2016 veröffentlicht, der Ausgabetermin ist der 4. April 2017.
- Rund 45 % aller im Euroraum ausgegebenen Banknoten sind 50-Euro-Banknoten (AT: nur rund 25%). Folglich wurde für die Ausgabe der neuen 50-Euro Banknote als Erstbedarf insgesamt 5,4 Mrd. Stück Banknoten produziert.
- Bei der neuen Banknotenserie handelt es sich um eine Weiterentwicklung der ersten Serie. Das bekannte Leitmotiv – „Zeitalter und Stile“ – wurde beibehalten, jedoch zwecks Integration der verbesserten Sicherheitsmerkmale geringfügig abgewandelt. Das Design wurde modernisiert und die Farbe angepasst. Die neuen Banknoten sind demzufolge leicht von jenen der ersten Serie zu unterscheiden.
- Analog zur 20-Euro-Banknote enthält die neue 50-Euro-Banknote dieselben leicht zu überprüfenden Sicherheitsmerkmale. Darunter fallen das Porträt-Wasserzeichen, die Smaragdzahl und das besonders innovative Sicherheitsmerkmal: das Porträt-Fenster. Nach wie vor können die Sicherheitsmerkmale einfach mit den Prüfschritten FÜHLEN- SEHEN- KIPPEN kontrolliert werden.
- Um eine erfolgreiche Einführung der neuen 50-Euro-Banknote im April 2017 zu gewährleisten, verleiht die OeNB seit Juli 2016 die neue 50-Euro-Banknote an Produzenten und Verwender von Banknotenbearbeitungs- und -prüfgeräten, wie zum Beispiel an Betreiber von Verkaufsautomaten, damit diese rechtzeitig die notwendigen Schritte für die Geräteaktualisierung durchführen können.
- Die neuen 50-Euro-Banknoten werden vorerst parallel zu den alten Banknoten im Umlauf sein. Überdies sind beide Euro-Serien bis auf weiteres gültiges Zahlungsmittel. Dementsprechend besteht die Möglichkeit die Euro-Banknoten der ersten Serie unbefristet bei der OeNB umzutauschen.
- Die Einführungen der Europaserie bisher fanden wie folgt statt:

2. Mai 2013	ES2 5-Euro-Banknote
23. September 2014	ES2 10-Euro-Banknote
25. November 2015	ES2 20-Euro-Banknote
4. April 2017	ES2 50-Euro-Banknote

Verwahrung der OeNB-Goldreserven

- Die Lagerung der österreichischen Goldbestände sah bis November 2015 wie folgt aus: 224 t (80%) in London, 50 t (17%) in Wien (in der Münze Österreich) sowie 6 t (3%) in der Schweiz.
- Per Ende 2016 wird die Lagerung der österreichischen Goldbestände folgendermaßen zusammengesetzt sein: 194 t (69%) in London, 80 t (28%) in Wien (50 t in der Münze Österreich; 30 t in der OeNB) sowie 6 t (3%) in der Schweiz.

Gold: Rückholungsprozess (Stand per Ende 2016: 30 Tonnen bzw. 2.400 Barren)

- Grundsatz: Nur London Good-Delivery-Barren werden akzeptiert, d.h. nur Barren von Herstellern, die bestimmte Qualitätsanforderungen erfüllen, sind zugelassen. Die Feinheit des Goldes muss dabei mindestens 995/1000 betragen.
- Die optische Prüfung umfasst eine Prüfung der sichtbaren Merkmale: (Farbe, Oberfläche) sowie eine Prüfung der eingepprägten Angaben (Barrennummer, Marke des Herstellers, Feinheit und Produktionsjahr). Weiters erfolgt eine Prüfung des Gewichtes mittels einer hochpräzisen Waage (auf zehntausendstel Unzen genau), eine Prüfung der Abmessungen entsprechend der Spezifikationen eines Standardbarrens sowie die Messung der Schallgeschwindigkeit (Messkopf sendet Schall, der an der Rückseite des Prüfobjektes reflektiert und zum Messkopf zurückgegeben wird). Die Ultraschallmessung dient der Analyse des Inneren des Goldbarrens (z.B. um einen gefälschten „Goldbarren“ mit Wolframkern entlarven zu können), weiters dient die Röntgenfluoreszenzspektroskopie zur genauen Bestimmung der Zusammensetzung von Festkörpern und somit zur Bestimmung der Feinheit des Goldes im Goldbarren.

Update Migration Target2Securities (T2S)

- T2S ist eine Plattform des Eurosystems und stellt Wertpapier-Zentralverwahrer integriertes Cash- und Wertpapier-Settlement auf einer technischen Plattform in Echtzeit in Zentralbankgeld nach einheitlichen Regeln und zu transparenten und einheitlichen Konditionen zur Verfügung.
- T2S ist ein Abwicklungsservice für Wertpapier-Zentralverwahrer. In T2S stellen Wertpapier-Zentralverwahrer die Depots und Zentralbanken die Geldkonten für eine reibungslose nationale und grenzüberschreitende Wertpapierabwicklung zur Verfügung. T2S dient der Umsetzung des EU-Binnenmarktes im Wertpapier-Nachhandel.
- Die Welle 3- Migration des großen europäischen Wertpapier-Zentralverwahrers „Euroclear“ (Frankreich, Belgien, Niederlande) am 12. September 2016 brachte einen starken Volumenzuwachs. Zudem stellt die OeNB seit Welle 3 in T2S Geldkonten zur Verfügung (Teilmigration).
- In der Migrationswelle 4 am 6. Februar 2017 wird der gesamte österreichische Markt auf T2S migrieren. Zudem migriert in dieser Welle auch „Clearstream Banking Frankfurt“, einer der größten Wertpapier-Zentralverwahrer in Europa.
- Mit der finalen Migrationswelle im September 2017 werden 24 europäische Wertpapier-Zentralverwahrer T2S nutzen.

Instant Payments

- Unter Instant Payments versteht man elektronische Lösungen für den Massenzahlungsverkehr, die rund um die Uhr und jeden Tag im Jahr zur Verfügung stehen, bei der Zahlungen innerhalb von wenigen Sekunden vom Sender zum Empfänger weitergeleitet werden, wobei der Empfänger sofort über das überwiesene Geld verfügen kann.
- Für viele Konsumenten ist es in der heutigen Zeit nicht mehr nachvollziehbar, weshalb die Durchführung einer elektronischen Überweisung einen Tag dauert und daher werden immer stärker Alternativen von Drittanbietern wie PayPal genutzt. Das Eurosystem sieht in Instant Payments eine Chance, dem wachsenden Segment des Internethandels eine komfortable, rasche und vor allem auch sichere

Bezahlungsmethode zu bieten, die auch für Sofortzahlungen zwischen Privatpersonen mittels Smartphone und anderer mobiler Geräte verwendet werden kann.

- Derzeit werden sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene die Machbarkeit einer Instant Payments Lösung analysiert.